

## **Allgemeine Hinweise zur Verarbeitung Ihrer Daten gemäß Art. 13 der Europäischen Datenschutzverordnung (DSGVO) bei dem Hessischen Ministerium der Justiz**

Die im Folgenden genannten Gesetze finden Sie unter <http://www.gesetze-im-internet.de> (Bundesrecht), <https://rv.hessenrecht.hessen.de> (Landesrecht Hessen) und <http://eurolex.europa.eu> (Recht der Europäischen Union)

### **I. Verantwortlichkeit**

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist das Hessische Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden.

### **II. Behördliche Datenschutzbeauftragte**

Den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Hessischen Ministeriums der Justiz erreichen Sie unter der zu I. angegebenen Anschrift oder unter:

Tel.: 0611/32- 0 (Zentrale)  
Fax.: 0611/32- 2763  
E-Mail: [Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de](mailto:Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de)

Bei einer Kontaktaufnahme per Brief sollte im Adressfeld zusätzlich „zu Händen des Datenschutzbeauftragten“ angegeben werden.

### **III. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**

Zweck der Datenverarbeitung ist die Erfüllung von Verpflichtungen der Justizverwaltung auf Grundlage der jeweils einschlägigen Rechtsnormen. Die Verarbeitung ist mithin für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die dem Verantwortlichen übertragen wurde und die sowohl im öffentlichen Interesse liegt als auch in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 6 Abs. 1 lit e) 1 der Verordnung (EU) 2016/679 (EU-Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO).

Soweit Sie in einzelnen Fällen ausdrücklich gefragt werden, ob Sie mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einverstanden sind, gilt Folgendes:

Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen. Dies wirkt nur für die Zukunft. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt also rechtmäßig. Von diesen Fällen abgesehen beruht die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Justiz aber nicht auf einer Einwilligung, sondern auf gesetzlichen Regelungen, kann also auch gegen den Willen der Betroffenen geschehen. Ein Widerruf der Einwilligung ist daher nur möglich und von Bedeutung, wenn Sie zuvor – z. B. in einem Brief, mündlich oder in einem Formular – um Ihre Einwilligung gebeten worden sind.

#### **IV. Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten**

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten sind grds. nur die mit der Vorgangsbearbeitung betrauten Mitarbeiter des Hessischen Ministeriums der Justiz. Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur im Rahmen der Vorgaben des geltenden Rechts, so dass dafür Sorge getragen wird, dass Ihre Daten nicht an Unberechtigte gelangen. Die Einzelheiten zur möglichen Weitergabe an öffentliche Stellen in Sonderfällen ergeben sich aus den jeweils einschlägigen Rechtsnormen.

Ihre personenbezogenen Daten können auch der Auftragsverarbeitung durch die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und (im Rahmen länderübergreifender Zusammenarbeit) vergleichbare Betriebe anderer Bundesländer unterliegen. Dabei handelt es sich jeweils um öffentliche Stellen, die lediglich die Technologie für die von der Justiz gesteuerte Datenverarbeitung zur Verfügung stellen. Ihre Daten werden dort also nicht für justizfremde Zwecke verwendet.

#### **V. Speicherdauer**

Die Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden, ergibt sich aus der Verordnung zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz sowie aus dem Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen (Aktenführungserlass vom 14. Dezember 2012). Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Vorgang mit Weglegung der Akten abgeschlossen wurde. Typische Aufbewahrungsfristen in Justizverwaltungssachen betragen 3, 5, 10 oder 20 Jahre.

## **VI. Ihre Rechte**

Im Hinblick auf die Sie betreffenden personenbezogenen Daten haben Sie nach der Datenschutzgrundverordnung und dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz verschiedene Rechte, die sich insbesondere aus Art. 15 bis 18, 21 DSGVO und §§ 52 und 53 HDSIG ergeben:

### **1. Recht auf Auskunft**

Sie können nach Art. 15 DSGVO oder § 52 HDSIG Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftsrecht durch die Vorschriften der § 24 Abs. 2, § 26 Abs. 2 und § 33 HDSIG sowie § 52 Abs. 2 bis 5 HDSIG eingeschränkt wird.

### **2. Recht auf Berichtigung**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie nach Art. 16 DSGVO oder § 53 HDSIG eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

### **3. Recht auf Löschung**

Unter den Bedingungen des Art. 17 DSGVO und der §§ 34 und 53 HDSIG können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

### **4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Im Rahmen der Vorgaben des Art. 18 DSGVO und § 53 HDSIG haben Sie das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

## **5. Recht auf Widerspruch**

Nach Art. 21 DSGVO haben Sie das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht immer nachkommen, z. B. wenn uns im Sinne von § 35 HDSIG im Rahmen unserer amtlichen Aufgabenerfüllung eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

## **6. Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Das ist der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden, Tel. 0611 / 1408-0.

Allgemeine Informationen zum Datenschutz finden Sie auf den [Internetseiten des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit](#).